

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

## **Vareler Unterhaltungsblatt. 1850-1859 1850**

4.5.1850 (No. 18)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-965587](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-965587)

## Unterhaltungsblatt.

Wochenschrift für gemeinnütziges Interesse.

1850.

—•••••Sonntag, den 4. Mai•••••

N<sup>o</sup> 18.

### Politische Rundschau.

**Oesterreich.** Die Regierung hat das Placet aufgehoben, d. h. auf ihr Recht, kirchlichen Verordnungen durch ihre Bestätigung Gesetzeskraft zu geben, verzichtet. Die Jesuiten werden überall zurückgerufen.

**Preußen.** Das Erfurter Unionsparlament ist ohne weitem Bescheid vertagt. Es wird jetzt erst ein Fürstencongreß zu Gotha Statt finden. Ob man es dann der Mühe werth halten wird, die Erfurter wieder zusammenzurufen, um sie schließlich abzufertigen, steht dahin. — Es soll eine vorläufige Verlängerung des mit dem 1. Mai erloschenen Interims erfolgt sein.

**Sachsen.** In Leipzig wird wieder tüchtig ausgewiesen.

**Hannover.** Das Ministerium hat eine mit der Post angelangte und dem Siegel des Verwaltungsraths versehene Zusendung nicht angenommen. Nun muß der unglückliche Verwaltungsrath noch das retour-porto bezahlen.

**Nassau.** Die öffentlichen Hazardspiele sind in Wiesbaden wieder erlaubt.

**Kurbessen.** In dem Proceß Lichnowsky's wurde Ludwig zu lebenslänglicher, die übrigen Complicen zu 20jähriger u. s. w. Eisenstrafe verurtheilt.

**Oldenburg.** Kaum ist der Landtag auf sechs Tage verlängert, so wartet die Regierung nicht einmal den Ablauf dieser Zeit ab und vertagt denselben. Also hat jener Dichter an der Hunte doch Recht, wenn er singt:

»So viel scheint mir doch heraus:

Im deutschen Reich sieh't's ektig aus.«

**Polen.** Der Kaiser wird zum 7. Mai in Warschau erwartet.

**Griechenland.** Auf Beilegung der griechisch-englischen Differenz ist noch immer nicht die entfernteste Aussicht.

**Frankreich.** (Paris.) Eugène Sue, der Candidat der demokratischen Partei, ist mit einer Majorität von 10,944 Stimmen gewählt worden. (Bedenkliche Gesichter in den Gemächern Louis Napoleon's, den Cabinetten von Berlin, Wien und St. Petersburg.)

### Die deutsche Demokratie.

Von J. P.

III.

Mit jener unbedingten Hingabe an die Zugeständnisse der Fürsten war das ganze Scheitern des nationalen Werkes bedingt. Aus jenem leichtsinnigen Vertrauen schöpfte die Reaction neue Lebenskräfte. Eine constituirende Versammlung soll die Straßenkämpfe beendigen, die Barrikaden wegräumen lassen, sie soll einen Waffenstillstand schließen zwischen den sich bekriegenden Mächten: Volk und Regierung; — aber während des Waffenstillstandes schießt man die Armeen noch nicht nach Hause. Si vis pacem par bellum \*) — ein Waffenstillstand ist noch kein Friedensschluß; ein weltgeschichtliches Princip findet noch keine Befriedigung in der parlamentarischen Phrase — erst die fertige Verfassung ist der Friedensschluß. —

Ein solcher Friedensschluß sollte denn auch die Reichsverfassung sein, und die Demokratie hat genügend den redlichen Willen gezeigt, diesen Frieden zu halten. Ist ihr doch ihre Treue gegen die Reichsverfassung als Principienreiterei und Idealismus ausgelegt worden! — Sie hat gegen einzelne Bestimmungen dieser Verfassung gekämpft, so lange sie noch

\*) Willst Du den Frieden, so rüste Dich auf den Krieg!

Vorschläge waren, für dieselben aber gestritten, als die Versammlung sie zu Gesetzen erhoben hatte. Und doch sagen Constitutionelle sowohl, als Reactionäre, die Demokratie habe es nie ehrlich mit der Reichsverfassung gemeint und stets die Republik im Sinne gehabt; — dieselben Constitutionellen, welche am 26. März noch einmal ihr unverbrüchliches Festhalten an der Reichsverfassung erklärten \*\*) und bald darauf als Gothaer Partei mit dem Entwurf der Dreikönigsverfassung in Verbindung traten! dieselben Reactionäre, welche die Zeit der Verfassungsarbeit zur Entwaffnung des Volks benutzten, um nachher weder die Reichsverfassung zu halten, noch ihren eigenen Versprechungen nachzukommen! — Und überdies: Ist denn nicht eine constituirende Versammlung der Zusammenfluß der verschiedenen Principien, Wünsche und Widersprüche, die aus dem Lärm des Straßenkampfes in den geordneten Gang der parlamentarischen Debatte verlegt werden, und in der zu schaffenden Verfassung ihre Veröhnung und Auflösung finden sollen? — Es war ja eine gemeinsame Verständigung, ein gemeinsamer Rechtsboden gegeben — das allgemeine Stimmrecht. Die Demokratie hat diesen Rechtsboden nie verlassen, während die Gegner die erste beste Gelegenheit benutzten, ihn zu untergraben. Gerade die demokratische Partei, welcher das allgemeine Stimmrecht so hoch steht, hat am wenigsten Ursache, sich darüber zu freuen, denn das Volk, dem das öffentliche Leben gefehlt hatte, traute den vormärzlichen Oppositionellen Consequenz und Ausdauer zu. Aber die geschichtliche Nothwendigkeit dieser Irrungen wurde von der Demokratie sehr wohl begriffen. Das Volk ist nicht unfehlbar — und wenn das Gegentheil behauptet wurde, so entstand diese Uebertreibung, wie jede andere, aus dem starren entgegengesetzten Extreme, aus der Theorie vom „beschränkten Unterthanenverstande“. Die Volksstimme ist kein Evangelium und nur Volksschmeichler können Abgötterei damit treiben,

\*\*) Am 26. März 1849. unterschrieben Heinrich von Gagern und mit ihm 70 seiner Gesinnungsgenossen folgenden Revers: „Zur Beseitigung möglicher Zweifel erklären die unterzeichneten Mitglieder der Nationalversammlung, daß sie die Verfassung, wie solche von der Nationalversammlung beschlossen werden wird, für dergestalt endgültig erkennen, daß sie für irgend wesentliche Abänderungen derselben, oder irgend erhebliche, weitere Zugeständnisse, von welcher Seite dieselben etwa auch verlangt werden sollten, nicht stimmen werden.“

aber die Fehler eines Volkes entspringen aus dem Volkswillen und werden durch diesen berichtigt und später vermieden; der Weg der nationalen Entwicklung führt unvermeidlich durch die Wüste der Thatfachen und Erfahrungen in das gelobte Land der geläuterten Erkenntniß. Jede Einwirkung von oben her, die in den Gang dieser Entwicklung eingreift, wird als ein Fremdes, Störendes nur unter Widerstreben aufgenommen und früher oder später mit der ganzen Heftigkeit reagirender Kräfte ausgestoßen. Darum ist das allgemeine Stimmrecht nicht allein den höhern Forderungen der Menschenwürde, der Sittlichkeit angemessen, sondern auch eine rein practische Nothwendigkeit — denn nur aus dem allgemeinen Stimmrecht entwickelt sich allgemeine Stimmfähigkeit, und zwar, weil das Volk nicht durch oetroyirende Bevormundung einzelner, überwachender Persönlichkeiten, sondern durch sich selbst erzogen wird.

Von der Jahde im April 1850.

### Die Zollerhöhung des Steuervereins.

Es ist ein betrübendes Zeichen unserer Zeit, daß die Budgets vieler Staaten jährlich mit einem Deficit endigen, und ein eben so trauriges Zeichen ist es, daß man, um ein solches Deficit zu decken, zu einer Zollerhöhung schreiten will, wie solches bei Hannover der Fall ist. Wie gewöhnlich wird hier Oldenburg in's Schlepptau genommen, — hat man doch bereits Hannover'scher Seits sich geäußert, daß man sich der Zustimmung Oldenburg's versichert halte. —

Wir wissen nicht, was man von einer solchen Äußerung Hannover's denken soll, wenn man dem Gerüchte Glauben beimessen darf, daß Oldenburg's Stimme zu dieser Erhöhung nicht zu Rathe gezogen worden ist. —

Ist dieses der Fall, so ist Oldenburg um so viel eher im Rechte, sie abzulehnen und auf diese Weise der Suprematie des Hannoverschen Steuervereins entgegen zu treten. Es wäre dazu gerade an der Zeit, um Hannover zu belehren, daß Oldenburg eine wichtige Stimme mit habe und nicht Willens ist, sich von ihm am Gängelbände führen zu lassen. Glaubt Hannover etwa, Oldenburg sei durchaus von ihm abhängig? Gerade das Gegentheil dürfte in der Steuerangelegenheit sich herausstellen.

Welche Verlegenheit für Hannover, wenn Oldenburg sich bei dieser Gelegenheit von dem Hannoverschen Steuerverein lössagte, seinen eigenen Tarif, seinen und nicht Hannover's Bedürfnissen angemessen, festsetzte und sich um Hannover nicht weiter bekümmerte! Man glaube ja nicht, daß Oldenburg dies nicht thun könne oder es ihn benachtheiligen würde. —

Oldenburg's Landesproducte bedürfen zur Ausfuhr nicht des Landweges, und in dieser Beziehung kann Hannover ihm also keinen Schlagbaum vorschieben.

Sein Getreide findet seinen Weg seewärts, sein Vieh hat an England ebenfalls einen Abnehmer, und wollte man für denjenigen Theil, so landwärts exportirt wird, und für unsere Fabrikation den Eingang erschweren, so träte man damit von vorne herein die eigenen Consumenten, und benachtheiligt also sich selbst, abgesehen davon, daß man Gleiches mit Gleichem vergelten könnte (obgleich wir im Allgemeinen diesem Principe feind sind), wobei der Nachtheil am Ende auf Seiten Hannover's sein würde. —

Unsern Zolltarif möglichst herabsetzend, anstatt erhöhend, und im Interesse unserer Industrie Rohstoffe, wie Baumwolle, Steinkohlen u. s. w., frei von jedem Eingangszoll stellend, werden wir bei Annahme des Entrepôt-Systems, wozu übrigens noch sofort keine besonderen Gebäude errichtet zu werden brauchen, einen Handel an Jahde und Weser auf Oldenburgischem Gebiete sich bilden sehen, wie man ihn sich entfernt nicht glaubt denken zu dürfen; und wo sich ein Markt bildet, braucht man um Käufer nicht verlegen zu sein.

Der den Umständen angemessene niedrigste Zollsatz ist der Beste, und je höher Hannover seine Steuersätze stellt, je mehr wird es, abgesehen davon, daß es seine eigenen Consumenten am ersten trifft, den Schmuggelhandel auf eigenem Gebiete fördern und seine Zoll-Einnahme verringern, und also gerade das entgegengesetzte Resultat erreichen, als dasjenige, welches es beabsichtigt.

In England, in Holland, selbst in Italien (Toscana) geht man mit Zoll-Erniedrigungen vorwärts und öffnet einer gesunden Praxis die Thür, und wir wollen, wie die Krebse, rückwärts schreiten, und das nicht, um den eigenen, sondern den Hannoverischen Finanzen und Interessen zu Hilfe zu kommen? —

Wir sollen Hannover zu Gefallen unser eigenes Interesse opfern, Hannover, wovon wir stets nur chicanirt worden sind, wenn unser Interesse nur auf halbem Wege mit dem seinigen in Collision kommen konnte.

In Post-Angelegenheiten ist darüber viel zu sagen, und jetzt bringt die Eisenbahn von Ostfriesland nach Osnabrück u. s. w. uns wiederum einen neuen Beweis, daß uns von Hannover nichts zu erwarten steht, was uns frommen kann. —

Mäßige Bölle beleben den Verkehr und wirken dem Schmuggelhandel geradezu entgegen, und es lehrt uns das Beispiel England's, daß gerade sie dem Staat eine größere Einnahme abwerfen, als die hohen Bölle. — Ueberdies sind Coffee, Zucker, Taback und Sirop Lebensbedürfnisse der Arbeiterklasse geworden, und nicht die Reichen und Wohlhabenden bilden die Mehrzahl der Consumenten, sondern die Minderbegüterten, und diesen muß und mag man ihre Bedürfnisse nicht vertheuern.

Cacao, Thee und Rohzucker sind für uns keine Artikel von Wichtigkeit, weil die beiden ersteren wenig consumirt werden und, was den letzteren anbelangt, wir keinen Zucker raffiniren.

Den Rohzucker übrigens für Privatleute höher als für Fabricanten zu besteuern, wäre eine Ungerechtigkeit, so wie es ebenfalls eine Ungerechtigkeit ist, dem reichen Weinhändler, weil er ein gewisses, größeres Quantum von Bordeaux, Nantes oder Sette u. s. w. beziehen kann, als der wenig bemittelte, der also schon dadurch gegen ihn im Nachtheil steht, einen Rabatt genießen zu lassen.

Es benachtheiligt ein solcher Rabatt auch den Unternehmungsgeist und das Interesse des Schiffsheders und Kaufmanns, der nicht Weinhändler ist.

Im Uebrigen kann Wein eher eine höhere Steuer tragen als Coffee u. s. w., weil er nur von den Wohlhabenden consumirt wird. Dennoch reden wir einer Erhöhung der Steuer nicht das Wort, weil sie nur das Schmuggeln begünstigen würde.

Einer Erhöhung der Branntweinssteuer nach dem Ertrage können wir beispflichten, und es wäre zu wünschen, daß der Trunksucht dadurch gesteuert werden könnte. —

Im Allgemeinen reden wir niedrigen Bölle das Wort. — Sie heben den Verkehr, bringen dem Staat eine größere Einnahme, indem der Consum durch sie gehoben wird; sie bedürfen keiner lästigen Controle, und das Schmuggeln unterbleibt von selbst, weil es nicht lohnt. —

Hebt den Handel, und die Industrie wird sich heben; ohne Handel keine Industrie; gerade er ist es, der ihre Erzeugnisse verwerthen muß. —

Man sperre sich ab, wie die Chinesen und Japanesen (durch Schutzbölle, Prohibitiv-System, Differential-Bölle u. s. w. kann man dazu gelangen) und über 200 Jahre steht man noch, wie solches bei ihnen der Fall ist, auf derselben Höhe, wie jetzt. —

Eröffnet dem Handel eine freie Bewegung und betrachtet ihn als den Nerv des Staats. —

Wo Handel ist, gedeihen Cultur und Sitten und gehen weder Ackerbau noch Industrie verloren. —

Wir hoffen von der Regierung, daß man dem Hannoverischen Ansinnen sich nicht fügen und selbstständig und dem eigenen Interesse gemäß handeln werde. —

### Die schuldlose Gräfin und der noch schuldlosere Fridolin, oder: Der eifersüchtige Graf und der niederträchtige Jäger, genannt Robert.

Ein moralisches Schauspiel.

Personen: Der Graf, verheirathet.

Die Gräfin, seine Frau, auch verheirathet.

Fridolin, gar nichts.

(Saal im Schlosse des Grafen. Mehrere Sopha's liegen zerstreut umher. In der Mitte ein Tisch ohne Lampe. Künigonde, die Gräfin ruht auf einem Sopha. Man sieht es ihrem

Innern an, daß eine Bewegung darin vorgeht. Der Graf hat eine Glase, was auf innere Eifersucht deutet. Er hat sich in seinen Frack gehüllt und versucht mehrere Male, mit den Zähnen zu knirschen. Nach einer Pause beginnt zwischen Graf und Gräfin ein heftiges Stillschweigen. Endlich spricht Ersterer, indem er auf- und niedergeht.)



Graf. Es giebt viel Unangenehmes auf der Erden, z. B. im ersten Stock aus dem Fenster zu sehen, während im dritten Stock die Fenster gewaschen werden, und plötzlich Einem das eiskalte Wasser über den Nacken rieselt; oder mit weißer Dinte auf schwarzes Papier zu schreiben; oder um Eugène Sue's ewigen Juden in die Leihbibliothek zu schicken und statt dessen einen Jahrgang des Volksfreundes zu bekommen — aber das Allerunangenehmste ist — ja nun hab' ich's vergessen! Das Allerunangenehmste ist —

Kunigonde. Mein Gemahl!

Graf. (Spricht vor Kerger in Versen.)  
Schon fünfzehn Jahre sind wir jetzt vermählt,  
Und noch hat uns —

K. Das süße Glück der Scheidung nicht gelächelt.

Graf. Du hast mich schön' belohnt; Du hast mit Fridolin —

Gräfinn. O Fridolin!!!!

Graf. O meine Zweifel waren nur allzu gegründet. Doch der heuchlerische Lockenkopf wird aus dem Schmeldeofen als Roastbeef zur Ewigkeit eingehen!

Kunigonde. Weh mir! Wer hat den Argwohn in Deine gräßliche Brust gepflanzt?

Graf. Vernimm und bebe: Robert, mein Jäger!

K. O Männer! Männer! Ihr seid so schlecht, daß ein Weib in der Vereinzlung des stillen Volksbewußtseins keinen Maßstab für eure Berechtigung findet!

Graf. Kunigonde, das verstehe ich nicht. — Doch wo bleibt Robert?

Fridolin. (tritt ein) Ein schönes Compliment —

Graf. Was, Du hier? Ih, so —

Gräfinn. Vergiß nicht, daß ein Graf nie sagt „Ih“, sondern „Ah“!

Graf. Du hier, Fridolin? Ah —

Fr. Ja! Wenn ich einem gewissen Gefühle glauben darf, so bin ich hier. Ein schönes Compliment —

Gräfin. Bist Du's wirklich, Fridolin!

Frid. Warten Sie einen Augenblick! — (zum Grafen) Ein schönes Compliment von den Gesellen am Eisenhammer, und es wäre Alles besorgt und aufgehoben. Die Gesellen zeigten bei dieser Meldung lächelnd nach dem Ofen.

Kunigonde. Das Schicksal hat gerichtet.

Graf. Fürwahr, kein Sterblicher wird diesen Hund mehr aus dem Ofen locken!

Kunigonde. Das Laster wird stets bestraft und die blondköpfige Jugend siegt, wenn der Mensch nur Geduld hat, den Schluß des Stücks abzuwarten.

Gr. Laß uns einig sein, meine Gemahlin; denn, wenn Graf und Gräfinn zwieträchig leben, so kann ein Geschworenengericht daraus entspringen — Fridolin, ich adoptire Dich, weil Du so einfältig bist.

Kunig. O mein Graf, wirst Du mich endlich begreifen?

Graf. Kunigonde, ich habe Dich begriffen!

Schlusgruppe.

(Fridolin will noch reden, aber der Vorhang fällt ihm in die Rede.)



Der Antiausschufmann in N<sup>o</sup> 17. d. Bl. raisonnirt unter der Regide des „Süß ist de Mann“ sehr in's Blaue hinein. Anstatt die etwaigen Befugnisse eines Ausschusses zu erläutern, ergeht er sich in allgemeinen Redensarten und dehnt das Princip der Selbstverwaltung so weit aus, daß er eigentlich, um consequent zu sein, gegen alle Landtage und nur für Urversammlungen zu Felde ziehen müßte. Wie sollte vor seinen Augen der Landtag Gnade finden, der sogar noch in gewissen Fällen Ausschüsse wählt? Will doch unser Ausschufbekämpfer, daß das souveraine Volk über die speciellsten spocialia — wenn auch ohne alle Vorbereitung — Beschluß fasse! Auch ich bin für Selbstverwaltung der Gemeinden, aber eben deshalb wünsche ich, daß dem Kirchenrath nicht unbedingte Gewalt eingeräumt werde, daß ein Ausschuf da sei zur speciellen Begutachtung der Vorlagen des Kirchenraths, also um diesen zu controlliren. So wären die Grenzen der Ausschufbefugnisse eng genug gezogen, und den Rechten des souverainen Volks geschäde kein Abbruch. — Ferner heißt es, die Gemeinde könne wohl dumme Beschlüsse fassen (schönes Compliment für das souveraine Volk), aber schlechte Beschlüsse fasse nur ein Ausschuf. Dumme Beschlüsse sind ebenfalls schlecht, wenn man nur ihre Folgen bedenkt. Indessen, wenn man überhaupt nur erst erführe, was der erwähnte Ausschufseind unter einem Ausschuf versteht! —

Auch die Kirchhofsfrage ist angeregt in dem angezogenen Artikel, aber mit denselben verworrenen und verwirrenden Redensarten. Man kämpfe doch mit Thatsachen und Beweisen und nicht mit allgemeinen Redensarten und losen Vermuthungen. Jahrelang galt der gewählte Platz für geeignet — jetzt plötzlich hört man Tadel. Es ist vielleicht nicht mit Unrecht hier auf künstliche Wählerereien zu schließen, denn alles bisher über diesen Punkt Gehörte ist so unzulänglich, daß man nicht weiß, ob der Tadel in Gemeinfinn oder Egoismus, in eingebildeten oder wahren Motiven begründet ist.

¶.